

Chinas Wirtschaft am Scheideweg

Autor: Dr. Detlef Rehn, freier Wirtschaftsjournalist

"Wenn China niest, bekommt die Weltwirtschaft eine Erkältung", mit diesen Worten des Financial-Times-Kolumnisten Martin Wolf lässt sich die Panik beschreiben, die im Juli und August 2015 die Weltbörsen ergriff. Ausgelöst wurde sie dadurch, dass der Shanghaier Aktienmarkt in kurzer Zeit mehrere Male massiv eingebrochen war, und die Regierung den Renminbi-Yuan (RMB-Yuan) abwertete; zudem deuteten schlechtere Monatszahlen etwa bei den Anlageinvestitionen, der Industrieproduktion oder den Exporten auf eine deutliche konjunkturelle Abkühlung hin (vgl. Paul Linnarz, Keine Panik, alles "new normal", KAS Länderbericht China, September 2015). Seither hat sich die Lage im Reich der Mitte unter anderem dank staatlicher Konjunkturhilfen, so z.B. einer Senkung der Kreditzinsen und der Mindestreservesätze für Banken, wieder etwas beruhigt. Auch die internationalen Börsen haben sich von den Turbulenzen der vergangenen Monate erholt. Doch die Welt muss sich darauf einstellen, dass die Zeiten eines scheinbar ungebremsten Wachstums der chinesischen Wirtschaft vorbei sind. Ob China den Übergang zu einer langsameren, dafür aber nachhaltigeren Entwicklung schafft, ist eine Frage, die angesichts der überragenden Bedeutung des Landes für die Weltwirtschaft überall heftig debattiert wird.

Das Ende des hohen Wachstums

Bisher war die Welt an hohe Wachstumsraten aus China gewöhnt. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich von 1978, dem Beginn der Öffnungspolitik, bis 2014 real durchschnittlich um fast zehn Prozent im Jahr. Getrieben wurde der Aufstieg zur global zweitgrößten Volkswirtschaft unter anderem von hohen Investitionen in den Haus- und Wohnungsbau, in die Infrastruktur und in den Aufbau industrieller Kapazitäten. Auch strömten kontinuierlich Millionen neuer Arbeitskräfte vom Land in die Städte. Angetrieben von den lange Zeit niedrigen Kosten und dem riesigen Markt investierten ausländische Unternehmen bis 2014 mehr als 1 Billion US-Dollar und machten aus China die "Werkbank der Welt". Einher ging eine sichtbare Erhöhung des Lebensstandards. Lag zum Beispiel das Pro-Kopf-Einkommen Anfang der 1980er Jahre bei rund 200 US-Dollar, waren es 2014 mehr als 7.500 US-Dollar (Weltbank, World Development Indicators). Auch wenn immer noch Millionen Menschen gerade auf dem Land in Armut leben, gilt China in der Terminologie der Weltbank bereits als "upper middle income"-Land, vergleichbar mit Rumänien, der Türkei oder Malaysia.

Doch die rasche Entwicklung hat auch viele Schattenseiten. So sind die Einkommen sehr ungleich verteilt. Hinzu kommen die starke Umweltbelastung und die weit verbreitete Korruption. Der ungezügelte Haus- und Wohnungsbau hat eine Blase hervorgerufen, die jederzeit zu platzen droht. Auch hat das hohe Wachstum der vergangenen Jahre die Verschuldung des Landes stark erhöht: Nach Angaben von Bloomberg hatten private Haushalte und Unternehmen Ende Juni 2015 Gesamtschulden in Höhe von 207 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP); 2008 waren es erst 125 Prozent ("China debt-to-gdp ratio just climbed to a record high", Bloomberg, 16. Juli 2015).



Seit einigen Jahren hat sich das Wachstum deutlich verlangsamt. Die Ausfuhren gingen nach der internationalen Finanzkrise zurück; zudem hat China für zahlreiche ausländische Unternehmen wegen der steigenden Standortkosten an Attraktivität verloren. Die Produktivität fällt ebenfalls: Wie die Beratungsfirma McKinsey ermittelte, erfordert die Produktion einer BIP-Einheit heute 60 Prozent mehr Kapitaleinsatz als zwischen 1990 und 2010 (McKinsey Global Institute, *The China effect on global innovation*, Oktober 2015, S. 2). Folge dieser Entwicklungen ist, dass die Wirtschaftsleistung 2014 real "nur" noch um 7,4 Prozent stieg. 2015 werden voraussichtlich nicht einmal mehr 7 Prozent erreicht; in den ersten neun Monaten lag der Anstieg bei 6,9 Prozent. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert für 2015 ein BIP-Wachstum von 6,8 Prozent und für 2016 eine weitere Abschwächung auf 6,3 Prozent (*World Economic Outlook*, Oktober 2015, Tabelle A4, S. 172).

Die chinesische Regierung gibt sich nach außen hin gelassen. Der chinesische Fernsehsender CCTV zitiert Premierminister Li Keqiang am 27. Oktober 2015 mit den Worten, "China habe nie gesagt, die Wirtschaft müsse in diesem Jahr sieben Prozent wachsen"

Neuer Fünfjahresplan: Die "neue Normalität"

Dennoch: China muss sich auf andere Zeiten einstellen, und die politische Führung steht vor einem Dilemma. Einerseits ist ihre Herrschaft davon abhängig, dass sie auch in Zukunft der eigenen Bevölkerung Arbeitsplätze, steigende Einkommen und bessere Lebensbedingungen in Aussicht stellen kann. Hierzu ist eine weiter kräftig wachsende Wirtschaft unerlässlich. Andererseits

sieht sie sich vielen strukturellen und sozialen Problemen gegenüber.

Mit Hilfe des neuen, 13. Fünfjahresplans, der sich über den Zeitraum von 2016 bis 2020 erstreckt, will China den Übergang in eine neue Entwicklungsphase schaffen. Ein Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei billigte ihn am 29. Oktober 2015. Endgültig verabschiedet wird der Plan auf der nächsten Plenarsitzung des Nationalen Volkskongresses, Chinas Parlament, im März 2016.

Das Leitthema des Plans ist die "neue Normalität". Statt wie zuvor hohe Wachstumsraten vor allem durch industrielle Fertigung, Investitionen und Exporte anzustreben, dabei aber auch Raubbau an der Umwelt und den natürlichen Ressourcen in Kauf zu nehmen, soll das Entwicklungsmodell neu ausgerichtet werden: Die Schwerpunkte heißen in Zukunft privater Verbrauch, Dienstleistungen und Innovation. Ziel ist, bis 2020 eine "moderat wohlhabende" Gesellschaft aufzubauen. Angestrebt wird dabei, die Wirtschaftsleistung und das Pro-Kopf-Einkommen sowohl der städtischen als auch der ländlichen Bevölkerung, gemessen am Niveau von 2010, zu verdoppeln. Anders als zuvor verzichtet der neue Plan auf die Vorgabe konkreter BIP-Zuwachsrate. Parteichef Xi Jinping meinte aber bei einer Erläuterung der Grundzüge des Plans am 3. November 2015, dass das Verdoppelungsziel ein Wirtschaftswachstum von "wenigstens 6,5 Prozent pro Jahr" erfordere

Privater Verbrauch: Neuer Wachstumsstreiber

Noch bis Ende der 1980er Jahre hatte der private Verbrauch in China einen Anteil von mehr als 50 Prozent am BIP. Seither hat sich diese Quote wegen der Fokussierung auf Investitionen und Ausfuhren deutlich verringert. Nach Angaben der Weltbank lag sie 2011 bei 37,7 Prozent (*World Bank In-*



dicators, Household final consumption expenditure (% of GDP)). Um die Abhängigkeit der eigenen Wirtschaftsentwicklung von der Auslandsnachfrage zu verringern, hatte sich die chinesische Führung daher schon für den 12. Fünfjahresplan (2011-2015) vorgenommen, stärker auf den heimischen Verbrauch als "Triebkraft" des Wachstums zu setzen (China Business Review, 1. Juli 2010); doch angesichts nur mäßiger Erfolge ist dieses Umsteuern offenkundig langwierig. Stimuliert der chinesische Staat in den kommenden Jahren gezielt den privaten Konsum, könnte sich dessen BIP-Anteil von derzeit etwa 38 Prozent bis 2025 auf 46 Prozent erhöhen, meint das Marktforschungsinstitut Nielsen (Louise Keely, Demand Institute/Nielsen, China's Transition to a Consumer-Led Economy - and How Businesses Can Help, Nielsen/USA, Blog, 4. August 2015). Aber auch dieser Wert liegt noch um einige Prozentpunkte niedriger als in anderen Schwellenländern (World Bank Indicators, loc.cit.).

Neue Arbeitsplätze zu schaffen, wird bei diesem Prozess sehr wichtig sein. Zumindest die kurzfristigen Aussichten hierfür bewertet die Regierung als recht gut. Obwohl sich das Wachstum 2015 abgeschwächt hat, entstanden von Januar bis September 2015 deutlich mehr Arbeitsplätze als das ursprüngliche Ziel von mindestens zehn Millionen neuer Stellen. Sehr wahrscheinlich nahm vor allem der arbeitsintensive Dienstleistungssektor Jobsuchende auf; er ist in den ersten neun Monaten überdurchschnittlich schnell gewachsen. Gleichzeitig lag die Arbeitslosenquote offiziell bei 4,05 Prozent (State Council, PRC, Pressemitteilung, 27. Oktober 2015). Auch 2016 soll der Arbeitsmarkt in den Städten stabil bleiben, da die staatlichen Maßnahmen zur Stimulierung der Konjunktur, so beispielsweise Zinssenkungen, greifen würden. Jedoch bestehe ohne Reformen, unter anderem bei den Staatsbetrieben und im

System der sozialen Sicherung, die Gefahr, dass weniger Stellen als anvisiert geschaffen werden (R. Lam u.a., "China's Labour Market in the 'New Normal'", IMF Working Paper, Juli 2015).

Mittel- und längerfristig sind die Perspektiven des Arbeitsmarktes allerdings nicht sehr gut. Die rapide Alterung der chinesischen Bevölkerung wird voraussichtlich bereits ab 2020/2025 den bisherigen Arbeitskräfteüberschuss verringern. Um diesem Trend entgegenzuwirken und zu einer balancierteren Bevölkerungsstruktur zu kommen, hat die politische Führung Ende Oktober 2015 beschlossen, die bisherige Ein-Kind-zugunsten einer Zwei-Kind-Politik aufzugeben. Die Erfolgsaussichten dieser Maßnahme sind sehr unklar.

Verbrauchsfördernd wirkt auch eine schnellere Verstädterung. Zwar wird der Anteil der in Städten lebenden Chinesen bereits jetzt auf 55 Prozent der Gesamtbevölkerung geschätzt (Xinhuanet, 20. Januar 2015) doch handelt es sich bei vielen um Wanderarbeiter, die keinen offiziellen Wohnstatus haben und daher etwa vom sozialen Sicherheitssystem ausgeschlossen sind. Sie zu "richtigen" städtischen Bewohnern zu machen, sei wichtig für das Arbeitskräfteangebot, die Konsumnachfrage, einen stabilen Immobilienmarkt und den Ausbau der urbanen Infrastrukturinvestitionen, so Parteichef Xi Jinping laut der Nachrichtenagentur Xinhua (Xinhuanet 3. November 2015)

Die Urbanisierung wird zu einer Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung, und in diesem Rahmen kommt Dienstleistungen eine immer stärkere Bedeutung zu. Hier hat China sehr viel Nachholbedarf. Beispiele sind die medizinische Versorgung, die Ausbildung, alle Arten von Versicherungen und Finanzdienstleistungen, Transport und Logistik und die Telekommunikation. Eine



Entfaltung dieses Potenzials ist nicht zuletzt davon abhängig, bestehende Regeln transparenter zu machen, administrative Hürden sowie Marktzugangsbeschränkungen abzubauen (OECD, China in a Changing Global Environment, Executive Summary, März 2015, S. 3).

Allgemein strebt China an, das soziale Netz in den kommenden Jahren weiter auszubauen. So soll zum Beispiel die Sozialversicherung so verbessert werden, dass alle registrierten Bewohner Schutz genießen ("Highlights of Proposals for China's 13th Five-Year Plan", China Daily, 3. November 2015). Die Idee dahinter: Da die Begünstigten auf diese Weise weniger Geld für die Vorsorge sparten, stünde mehr Geld für den Verbrauch zur Verfügung.

Ein anderes großes Ziel ist, die Armut in Teilen der Bevölkerung endgültig zu überwinden. Ende 2014 lebten noch etwas mehr als 70 Millionen Menschen in ländlichen Gebieten unterhalb der Armutsgrenze von jährlich 2.300 RMB-Yuan (376 US\$, Wechselkurs von 2010). Parteichef Xi zufolge könne China von 2016 bis 2020 jährlich 10 Millionen Menschen aus der Armut herausführen, "wenn die Regierung konkrete und effektive Maßnahmen ergreift" (Xinhuanet 3. November 2015). Hierzu gehörten unter anderem eine Verbesserung der ländlichen Infrastruktur sowie eine bessere Ausbildung und Gesundheitsversorgung. Xi gesteht aber ein, dass die Überwindung der Armut in den ländlichen Regionen die schwierigste Herausforderung für den Aufbau einer "moderat wohlhabenden Gesellschaft" ist (Xinhuanet, 3. November 2015).

China will "industrielle Weltmacht" werden

In den vergangenen Jahrzehnten verdankte China seinen wirtschaftlichen Aufschwung zu einem erheblichen Teil der Herstellung von oft billigen, technisch anspruchslosen Massenprodukten. Hierdurch wurde China zwar zum weltweit größten Produzenten und zum "Exportweltmeister", doch sucht das Land jetzt angesichts der Wachstumsverlangsamung und steigender Standortkosten nach Möglichkeiten, die industrielle Fertigung auf eine neue, höhere Grundlage zu stellen.

Innovation, Qualität und Effizienz heißen hierbei die Schlagwörter. Im Mai 2015 verabschiedete die Regierung den Plan "Made in China 2025", mit dessen Hilfe das Reich der Mitte in den kommenden zehn Jahren zur einer "industriellen Weltmacht" werden will. Als Vorbild diente das deutsche Programm Industrie 4.0. Der Schwerpunkt liegt auf zehn Industriezweigen, darunter neue Informationstechnologien (Internet of Things, Cloud Computing, Big Data), NC-Maschinen und Roboter, die Luft- und Raumfahrt, die Eisenbahntechnik, die Elektromobilität, Energieausrüstungen, neue Werkstoffe sowie Biopharmazeutika und Medizintechnik. Bis 2020 sollen daneben beispielsweise 15 Innovationszentren aufgebaut und zu 40 Prozent heimische Schlüsselkomponenten und Werkstoffe eingesetzt werden. Generell will China mit dem Plan die Industrie effizienter und integrierter als bisher machen.

Die Aussichten von "Made in China 2025" werden unterschiedlich beurteilt (X. Lee, "Made in China 2025: A New Era for Chinese Manufacturing", CKGSB Knowledge, 2. September 2015). So halten manche Kommentatoren den Plan schon deshalb für sehr wichtig, weil er von einer hochrangig besetzten "Führungsgruppe" des Staatsrats



(Regierung) koordiniert wird. Andere wiederum erwarten, dass mit seiner Hilfe eher nur bescheidenere Ziele wie Qualitätsverbesserung, mehr Digitalisierung und Produktivität sowie mehr Einsatz von NC-Maschinen erreicht werden (Economist, Special Report: Business in China, 12. September 2015). Der durch den Plan anvisierte Sprung an die technologische Spitze sei hingegen sehr viel schwieriger.

Trotz mancher Probleme habe China das Potenzial, eine weltweite Innovationsführerschaft zu erreichen, meint McKinsey (McKinsey Global Institute 2015, loc.cit.). Chinesische Unternehmen seien bereits jetzt bei effizienzorientierten Produkten sehr innovativ und verbesserten sich bei Konsumgütern sehr schnell. Viel schwächer seien sie hingegen derzeit noch bei der Umsetzung neuer ingenieurwissenschaftlicher Erkenntnisse. Bis 2025 würde allerdings der "China-Einfluss" auf die globale Innovation überall sichtbar, da dann viel mehr ausländische Unternehmen als bisher das Land als einen Standort für preiswerte und schnelle technologische Entwicklungen nutzen.

Außenhandel: Noch mehr Globalisierung erwünscht

Aufgrund der konjunkturellen Verlangsamung sind in einer Reihe wichtiger Industriezweige in den vergangenen Jahren erhebliche Überkapazitäten entstanden. Um hiergegen etwas zu tun, hat die politische Führung in Beijing mehrere Großinitiativen gestartet. Besonders die Gründung der Asia Infrastructure Investment Bank (AIIB), einer multilateralen Entwicklungsbank, und die "Seidenstraßenstrategie" (One Belt, one Road) haben für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Die Vorhaben sollen dazu beitragen, die Infrastruktur sowohl von China aus nach Westen in den zentralasiatischen Staaten als auch nach Süden in Süd-

ostasien zu verbessern. China hofft, sich dadurch neue Absatzmärkte, Handelswege und Energiequellen eröffnen zu können (Mercator Institute for Chinese Studies, One Belt, One Road: Mit der Seidenstraßeninitiative baut China ein globales Infrastrukturnetz, Juni 2015).

Beide Initiativen sind noch neu, und entsprechend sind viele Punkte noch unklar. In Bezug auf die AIIB befürchten gerade die USA und Japan, die sich an der Gründung nicht beteiligt haben, dass China mit Hilfe der neuen Einrichtung nur das bestehende internationale Finanzsystem herausfordern will, und dass die Transparenz der Bank nicht gewährleistet ist. Ein Einwand hiergegen ist, dass die Beteiligung von fast 60 Staaten für genügend Kontrolle sorge und auch verhindere, dass die finanziellen Mittel nur in von China favorisierten Ländern eingesetzt würden (D. Dollar, China's rise as a regional and global power: The AIIB and the 'one belt, one road'", Brookings Institute, Sommer 2015). Im Übrigen sollten die USA froh darüber sein, dass China mehr globale Verantwortung übernehme (ibid.). Offiziell scheinen die USA inzwischen ihren Widerstand gegen die Investitionsbank aufgegeben zu haben ("White House declares truce with China over AIIB", Financial Times, 27. September 2015).

Die USA haben sich Anfang Oktober 2015 zusammen mit Japan und weiteren zehn Ländern der asiatisch-pazifischen Region auf die großen Linien eines Freihandelsabkommens (Transpazifische Partnerschaft, TPP) verständigt. Auch China wäre grundsätzlich an einer Beteiligung interessiert; ob das Land sie später noch anstrebt, ist jedoch unsicher (S. Hsu, "China and the Trans-Pacific Partnership", The Diplomat, 14. Oktober 2015). Darüber hinaus spricht China schon seit längerem mit Japan und Südkorea über ein trilaterales Freihandelsabkommen. In diese Gespräche könnte



wieder etwas mehr Bewegung kommen, da sich ab Herbst 2015 die lange sehr frostigen Beziehungen Japans zu China und zu Südkorea zu erwärmen scheinen.

Ausblick

Zwar hat sich das Wachstumstempo in Chinas Wirtschaft verlangsamt; doch wenn dadurch die Entwicklung nachhaltiger und stabiler verläuft, ist dies ein Preis, der sich zu zahlen lohnt, meint der IWF (IMF, China, Country Report, 14. August 2015, S. 19). In jedem Fall aber dürfe China in seinen Reformbemühungen nicht nachlassen, weil sich dies mittel- und längerfristig anders als ein kleineres konjunkturelles Tief nicht nur für China selbst, sondern für die gesamte Weltwirtschaft sehr negativ auswirken würde.

Zu den unumgänglichen Reformen gehören Veränderungen bei den Staatsbetrieben. Sie können sich beispielsweise leichter als private Unternehmen finanzieren, und dies wiederum hat nachteilige Folgen für das Produktivitätswachstum (ibid., S. 16). Andere notwendige Maßnahmen betreffen das Steuer- und das Sozialversicherungssystem, die Frage, wie die Verschuldung angegangen werden soll, sowie die zukünftige internationale Rolle des RMB-Yuan.

Wie etwa die Stellungnahme von Jin Zhongxia, dem chinesischen Executive Director beim IWF, zum neuen Länderbericht zeigt, scheint China grundsätzlich bereit, den Weg der Reformen weiter zu gehen, auch wenn es in einer Reihe von Punkten Meinungsverschiedenheiten gibt. Sollten die verschiedenen Veränderungen jedoch beispielsweise innenpolitische Spannungen nach sich ziehen, wird sich zeigen, ob die Führung die gleiche Reformbereitschaft wie derzeit an den Tag legt.

(Über den Autor: Dr. phil. Detlef Rehn lebt und arbeitet als freier Wirtschaftsjournalist in Japan. Nach seinem Studium in Bonn und Peking und einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bonner Ostasien Instituts arbeitete der Diplom-Volkswirt von 1990 bis zum Eintritt in den Ruhestand im Mai 2014 für die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), die spätere Gesellschaft Germany Trade and Invest (GTai), als Korrespondent in Taipei, Seoul und Tokio.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Social and Economic Governance Programme Asia /
Japan Office

OAG-Haus 4F
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
Tokyo, 107 0052 Japan
Tel. +81 3 6426 5041
Fax. +81 3 6426 5047
KAS-Tokyo@kas.de
www.kas.de/japan/en
www.facebook.com/KAS.Japan